Mediendienst

Stuttgart, 23. August 2012

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Haußmann: An Menschen statt an Machtoptionen denken

Krebsfrüherkennung und Krebsregister müssen weiterentwickelt werden - Zur Kritik der SPD-Landessozialministerin Altpeter am Gesetzentwurf der Bundesregierung zur flächendeckenden Einführung von Krebsregistern sagte der sozialpolitische Sprecher Jochen Haußmann am 24.08.2012 in Stuttgart:

„Die Kritik der SPD-Landessozialministerin geht fehl. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung beruht im Wesentlichen auf dem Nationalen Krebsplan. Daran waren die Deutsche Krebsgesellschaft, die Deutsche Krebshilfe und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren beteiligt. Wir brauchen effektive und effiziente Strukturen, wenn wir im Kampf gegen Krebs vorankommen wollen. Deshalb ist es sinnvoll, den Ländern konkrete Standards vorzugeben, um zu einem bundesweiten Ranking und Qualitätswettbewerb kommen zu können. Auch die Sozialministerin sollte an die betroffenen Menschen denken, statt reflexhaft als SPD-Ministerin einen Gesetzentwurf aus einem FDP-geführten Bundesgesundheitsministerium zu kritisieren. Vielleicht hilft ihr der Hinweis, dass der Nationale Krebsplan aus dem Jahr 2008 stammt – da war bekanntlich Ulla Schmidt Ministerin. Wenn nun die zentrale Landesregisterstelle in Baden-Württemberg weiterentwickelt werden muss, so sollte das im Sinne der Betroffenen begrüßt werden. Baden-Württemberg muss mit Sicherheit keine bundesweiten Vergleiche scheuen.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de